

| Name der Initiative | Lanciert am/durch | Hauptanliegen / Forderungen | Beurteilung durch LEK-Gruppe |
|--|---|--|---|
| Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln (eingereicht) | 25. September 2012 (Frist 25. März 2014) JUSO Schweiz | <ul style="list-style-type: none"> ○ Spekulation mit Nahrungsmitteln verhindern ○ Gesetzliche Bestimmungen für den (Welt-)Handel mit Lebensmitteln erlassen und durchsetzen ○ Bereicherung auf Kosten von ProduzentInnen und KonsumentInnen verhindern | Wichtiges Anliegen. Stösst im bürgerlichen Lager auf Ablehnung, wie auch die neue Vorschrift, mit der der Bundesrat den JUSO-Forderungen ein wenig entgegenkommt. Empfehlung: Initiative auf jeden Fall unterstützen. |
| Für Ernährungssicherheit (eingereicht) | 4. Februar 2014 (Frist 4. August 2015) Komitee "Für Ernährungssicherheit" Schweizerischer Bauernverband | <ul style="list-style-type: none"> ○ Ernährungssicherheit in der Schweiz trotz Bevölkerungswachstum erhalten ○ Ertragssteigerungen und Schutz von Kulturland ○ Massnahmen zur Umsetzung einer Qualitätsstrategie treffen ○ Administrativen Aufwand in der Landwirtschaft gering halten ○ Rechtssicherheit und angemessene Investitionssicherheit gewährleisten | Fokus auf Produktions- und Effizienzsteigerung durch Technisierung und Automatisierung. Strukturwandel, grössere Betriebe, weniger Arbeitskräfte. Marktgerechtes Unternehmertum wird angestrebt. Ökologie und Bodenschutz zweitrangig. Die verwendeten Begriffe «vielfältig» und «nachhaltig» sind sehr dehnbar. Eine Annahme der Initiative würde gegenüber der jetzigen Agrarpolitik 2014-2017 einen Rückschritt bedeuten. Empfehlung: Initiative nicht unterstützen. |
| Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative) | 27. Mai 2014 (Frist 27. November 2015) Grüne Partei Schweiz | <ul style="list-style-type: none"> ○ Produktion von Lebensmitteln hoher Qualität im Inland fördern ○ Nur einführen, was den eigenen Qualitätsanforderungen genügt ○ Faire Arbeitsbedingungen und ökologische Produktion fordern und fördern ○ Handel nach ökologischen und sozialen Kriterien gestalten ○ Zollkontingente regeln und Einfuhrzölle abstufen | Produktion und Handel im Vordergrund, aber nach strengen ökologischen und sozialen Grundsätzen. Kommt den Wünschen und Interessen ökosensibler und gesundheitsbewusster KonsumentInnen entgegen. Kompatibilität mit internationalen Vereinbarungen ist umstritten. Empfehlung: Unterstützen. |
| Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative) | 23. September 2014 (Frist 23. März 2016) IG Hornkuh | <ul style="list-style-type: none"> ○ Mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen Produktionsformen fördern, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind ○ HalterInnen von Hörner tragenden Tieren finanziell unterstützen ○ Nutztiere sollen nicht Opfer der industriellen Logik in der Landwirtschaft sein. ○ Eine gute Beziehung zu den Tieren soll nicht durch Leistungs-, Rentabilitäts- und Wachstumsdruck verhindert werden. | Mit dem scheinbaren Detail der Hornamputation legt die Initiative den Finger auf die tiefer liegende Problematik des Rentabilitätsdrucks und Wachstumszwang in der Landwirtschaft. Die Initiative will niemanden zwingen, mit Hörner tragenden Tieren zu wirtschaften. Sie verlangt nur eine Entschädigung für jene Betriebe, die den Tieren die Hörner nicht amputieren. Keine Empfehlung. |
| Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. | 30. September 2014 (Frist 30. März 2016) uniterre | <ul style="list-style-type: none"> ○ Eine vielfältige, bäuerliche und gentechfreie Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und das Saatgut schützt. ○ Eine Landwirtschaft, die kommenden Generationen eine Zukunft bietet und ihnen den Zugang zu Land garantiert. Faire Preise. Gerechtes Einkommen. ○ Ein Markt mit mehr Transparenz, welcher im Dienste der Bauern und Bäuerinnen sowie der Konsumenten und Konsumentinnen steht. Kurze Kreisläufe. Regionale Produktion. ○ Ein gerechterer internationaler Handel wird ermöglicht durch regulierende Zölle, durch das Recht, sich zu schützen, und die Pflicht, auf Exportsubventionen zu verzichten. ○ Die Bevölkerung bestimmt im Respekt gegenüber anderen Regionen über die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. | Die Forderungen nach Ernährungssouveränität sind berechtigt. Die Initiative bringt neuen Schwung in die Diskussion um eine Landwirtschaft, die Menschen, Umwelt, Boden und Wasser respektiert. Leider ist der vorgesehene Verfassungstext überladen. Empfehlung trotzdem: Initiative unbedingt unterstützen. |